

## DIREKTION FUER VOELKERRECHT

p.B.15.51.Liecht.4.(2) - VDF/BJA

Bern, 18. Oktober 1990

Aktennotiz

Staatsbesuch von Fürst Hans-Adam II:  
Arbeitsgespräch über Europafragen (17.10.1990)

1. Allgemeines

Bei einem offen und in herzlicher Freundschaft geführten Arbeitsgespräch zwischen einer Delegation des Bundesrates (Leitung: Bundespräsident Koller) und der liechtensteinischen Besucherdelegation (Leitung: Fürst Hans-Adam II) ging es im wesentlichen um Europafragen. Zusammenfassend lassen sich der von weitgehender Uebereinstimmung geprägten Unterredung vier Hauptaussagen entnehmen:

- Ein Alleingang in Europa ist für die Schweiz und Liechtenstein auf mittlere und längere Frist keine Alternative. War bisher ein Abseitsstehen gegenüber der europäischen Integration, verbunden mit pragmatischen Formen der Zusammenarbeit, ein bewährtes Rezept, so wird es dies in Zukunft nicht mehr sein.
- Die EG wird je länger je mehr zur bestimmenden Kraft in Europa, vor allem auch im Europarat und in der KSZE.
- Beide Staaten haben alles Interesse, sich mindestens im Sinn einer vorläufigen Lösung energisch für die Schaffung eines EWR einzusetzen. Beide sind bereit, die Ausnahmen bezüglich des EWR-relevanten "acquis communautaire" auf ein absolutes Minimum zu beschränken oder die damit verbundenen Probleme durch Sonderregelungen (Gewährleistung der Inlän-

derbehandlung, wirksame Schutzklauseln) zu lösen. Voraussetzung dafür ist aber ein Entgegenkommen der EG in den institutionellen Fragen. "Ein Verzicht auf Ausnahmen und auf Mitsprache ist nicht annehmbar"; ein Votum, mit dem Regierungschef Brunhart mit pointierter Deutlichkeit zu verstehen gab, wo das Interesse des Fürstentums an einer EWR-Mitgliedschaft seine Grenzen hat.

- Europarat, KSZE und EWR haben im Rahmen der gesamteuropäischen Verordnung ihre volle Daseinsberechtigung. Jede dieser Institutionen wird ihre spezifischen Aufgaben wahrnehmen müssen, wobei der Europarat im Hinblick auf die Annäherung der osteuropäischen Staaten einer entscheidenden Stärkung durch Reformen bedarf.

## 2. KSZE

Beide Seiten befürworten die "leichte" Institutionalisierung der KSZE durch die Schaffung eines administrativen Sekretariates, durch ein Konfliktverhütungszentrum sowie durch regelmässige Treffen der Konferenz-Teilnehmerstaaten auf verschiedenen Ebenen. Eine Ablösung der KSZE durch eine feste, vertraglich abgesicherte Organisation oder die Substituierung politischer Vereinbarungen durch völkerrechtlich bindende Abkommen werden abgelehnt. Die Fortschritte bei den Abrüstungsgesprächen der beiden Grossmächte werden der KSZE Aufwind geben. Liechtenstein steht voll hinter den schweizerischen Initiativen, welche bei den Teilnehmerstaaten nach dem Urteil von Regierungschef Brunhart "gute Resonanz" finden.

## 3. Europarat

Im Vergleich zur EG hat der Europarat eine "übergreifende" Dimension und bleibt insofern für die Schweiz und Liechtenstein attraktiv. Im Hinblick auf die aus der Sicht beider

Länder erwünschte Annäherung und Mitgliedschaft osteuropäischer Staaten sind zwei Dinge wichtig. Erstens sollte die Funktionsweise der Organisation wirksamer gestaltet werden. Ohne innere Erstarkung könnte die Erhöhung der Mitgliederzahl die Arbeiten des Europarates noch zusätzlich erschweren und schliesslich zu einem eigentlichen Existenzproblem werden. Zweitens darf der Beitritt der Osteuropäer keinesfalls zu einer Aushöhlung der bisher erreichten Standards auf dem Gebiet der Menschenrechte führen.

#### 4. Europäischer Wirtschaftsraum

Liechtenstein bekräftigt seine Entschlossenheit, dem EWR als selbständige Vertragspartei mit allen Rechten und Pflichten beitreten zu wollen. Gleichzeitig strebt es die volle Mitgliedschaft bei der EFTA an, und zwar nicht nur im Fall eines positiven Ausgangs der EWR-Verhandlungen, sondern auch - was in dieser Klarheit von liechtensteinischer Seite bisher noch nicht zu hören war - im Fall ihres Scheiterns.

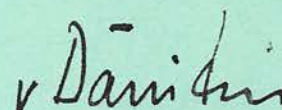
Bundespräsident Koller nennt drei Gründe dafür, weshalb die Schweiz sich weiterhin für die Schaffung eines EWR voll einsetzt:

- Kurzfristig ist er die einzige Chance, unser Verhältnis zur EG enger zu gestalten und besser zu strukturieren. Ein Alleingang hat keine Zukunft und wäre gegenüber nachkommenden Generationen nicht zu verantworten. Andererseits gibt der Bundespräsident einem "sofortigen" EG-Beitritt innenpolitisch keine Chance.
- Ein EWR-Vertrag klammert das Problem der schweizerischen Neutralität aus.
- Die Landwirtschaft wird von einem EWR-Vertrag kaum tangiert.

Auch für Liechtenstein ist der EWR nach den Worten von Regierungschef Brunhart die "interessanteste" Variante. Wie die Schweiz ist auch das Fürstentum bereit, in der jetzigen Verhandlungssituation noch einmal die angestrebten Ausnahmen betreffend den EWR-relevanten "acquis communautaire" von Grund auf zu überprüfen. Als "pièce de résistance" bezeichnet er die Einschränkung des freien Personenverkehrs, verbunden mit den Restriktionen beim Erwerb von Grundeigentum (Niederlassungsfreiheit). Interessant der Hinweis, dass eine EWR-Mitgliedschaft Liechtensteins langfristig auch eine Angleichung des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts an europäische Standards bewirken dürfte.

Beide Seiten sind sich einig, dass ein weiteres Entgegenkommen der EFTA-Staaten hinsichtlich der Ausnahmen Zugeständnisse der EG im Bereich der institutionellen Fragen (Mitsprache bei der Anwendung und Fortentwicklung von EWR-relevantem EG-Recht) voraussetzt.

DIREKTION FUER VOELKERRECHT



(von Däniken)

Visite d'Etat en Suisse de  
Leurs Altesses Sérénissimes  
le Prince Régnant Hans-Adam II  
et la Princesse  
Marie de Liechtenstein

---

1.5.

11.10.1990

VDF/CMJ

3

### 1.5. Liste des participants aux entretiens bilatéraux

---

Palais du Parlement  
salle no 4

mercredi 17 octobre 1990  
15h.30

---

#### Délégation liechtensteinoise

Son Altesse Sérénissime le Prince Régnant Hans-Adam II

Son Excellence Monsieur Hans Brunhart  
Chef du Gouvernement de la Principauté de Liechtenstein

Monsieur Herbert Wille  
Suppléant du Chef du Gouvernement de la Principauté  
de Liechtenstein

Son Altesse Sérénissime le Prince Nicolas de Liechtenstein  
Ambassadeur de la Principauté de Liechtenstein en Suisse

Monsieur Leonhard Vogt  
Secrétaire du Gouvernement de la Principauté de  
Liechtenstein

Le Comte Mario von Ledebur  
Ministre de l'Ambassade de la  
Principauté de Liechtenstein

Son Altesse Sérénissime  
la Princesse Maria-Pia de Liechtenstein  
Deuxième Secrétaire de l'Ambassade  
de la Principauté de Liechtenstein

Délégation suisse

Monsieur Arnold Koller  
Président de la Confédération

Monsieur le Conseiller fédéral Otto Stich  
Chef du Département fédéral des finances

Monsieur le Conseiller fédéral René Felber  
Chef du Département fédéral des affaires étrangères

Monsieur Klaus Jacobi  
Secrétaire d'Etat aux affaires étrangères

~~Monsieur l'Ambassadeur Silvio Arioli  
Délégué aux accords commerciaux  
Département fédéral de l'économie publique~~

Monsieur Achille Casanova  
Vice-Chancelier de la Confédération

Monsieur l'Ambassadeur Jean-Pierre Keusch  
Directeur de la Direction des  
organisations internationales

Monsieur l'Ambassadeur Jenö Staehelin  
Chef de la Division politique I  
Direction politique

Monsieur le Ministre Franz von Däniken  
Sous-Directeur de la Direction du  
droit international public

Monsieur Aldo Matteucci  
Chef de la section libre échange  
Bureau de l'intégration DFAE/DFEP

Monsieur Paul Widmer  
Suppléant du Chef de la division politique III  
Direction politique

En arrière-plan

Monsieur Raymond Loretan  
Collaborateur personnel du Chef du Département  
fédéral de justice et police

Madame Elisabeth Baumann  
Collaboratrice personnelle du Chef  
du Département fédéral des finances

Monsieur Marco Cameroni  
Chef du Service Presse et Information

Monsieur Pierre Combernous  
Collaborateur personnel du Chef du  
Département fédéral des affaires étrangères

p.B.15.51.Liecht.4.(2) - VDF/IC

Bern, den 18. Oktober 1990

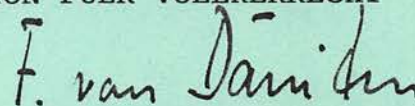
PFI 19. Okt. 1990 - 10

Notiz an: - Herrn Staatssekretär K. Jacobi  
 - Pol. Abt. I  
 - Pol. Abt. III  
 - DIO  
 - Integrationsbüro EDA/EVD  
 - Bundesamt für Aussenwirtschaft

Liechtensteinischer Staatsbesuch:  
 Arbeitsgespräch über Europafragen

In der Beilage erhalten Sie eine Notiz über das Gespräch, das anlässlich des Staatsbesuchs zwischen Fürst Hans-Adam II und Bundespräsident Koller sowie ihren beiden Delegationen stattfand. Die Liste der Delegationsmitglieder liegt ebenfalls bei.

DIREKTION FUER VOELKERRECHT



(von Däniken)

PFI 19. Okt. 1990 - 10

Beilagen erwähnt

Kopie an: - Herrn Vizekanzler A. Casanova, Bundeskanzlei  
 - Frau E. Baumann, persönliche Mitarbeiterin des Vorstehers des EFD  
 - Herrn R. Loréтан, persönlicher Mitarbeiter des Vorstehers des EJPD  
 - Herrn P. Combernous, persönlicher Mitarbeiter des Vorstehers des EDA  
 - Herrn Cameroni, Presse und Information EDA  
 - KT/GT/BWE  
 - DS/HMA